

Dresden, 21. Oktober 2023

Mit starkem Team ins Wahljahr 2024 – CDU nominiert Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl

Am heutigen Samstag traf sich die CDU Dresden zum 62. Kreisparteitag.

Aus aktuellem Anlass begrüßten wir den stellvertretenden Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Dresden. Michael Hurshell hielt eine Rede im Geiste der Versöhnung. Sehr bewegende Worte für die wir ihm herzlich danken. Die CDU Dresden steht fest an der Seite Israels und der jüdischen Gemeinde hier vor Ort. Ein Antrag, der dem jüdischen Volk und dem Israel eine breite Unterstützung und Solidarität zusichert, wurde von unseren Mitgliedern mit großer Mehrheit beschlossen.

„Antisemitismus und Judenhasse haben in Dresden keinen Platz! Das wurde erneut sehr deutlich,“ erklärte Dr. Markus Reichel MdB, der Vorsitzende der Dresdner Union. „Wir wollen und werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um jüdisches Leben in Dresden zu schützen und um Hass und Hetze gegen Israel zu unterbinden.“ ergänzt Reichel.

In Vorbereitung der Wahlen zum 8. Sächsischen Landtag wurden in acht separaten Wahlkreismitgliederversammlungen die Kandidaten für die einzelnen Dresdner Wahlkreise gewählt.

Besonderes Augenmerk lag dabei auf dem Wahlkreis 43 (Dresden 4). Hier warben gleich 3 Bewerberinnen und Bewerber um die Stimmen der Mitglieder. Durchgesetzt hat sich Frank Kromer gegen Anja Bohländer und Philipp Glocker.

In den anderen Wahlkreisen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Wahlkreis 40	Christian Hartmann MdL	100%
Wahlkreis 41	Barbara Oehlke	100%
Wahlkreis 42	Christian Piwarz MdL	100%
Wahlkreis 43	Dr. Frank Kromer	53% (2. Wahlgang)
Wahlkreis 44	Martin Modschiedler MdL	96%
Wahlkreis 45	Barbara Klepsch MdL	100%
Wahlkreis 46	Felix Hitzig	100%
Wahlkreis 47	Ingo Flemming MdL	91%

„Wir haben ein starkes Team, mit dem wir die Landtagswahlen im kommenden Jahr gewinnen wollen. Die Mischung aus bewährten und neuen Kandidaten wird ein überzeugendes Angebot an die Wählerschaft sein.“ betont Dr. Markus Reichel MdB.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen
Lutz Barthel LL.M.

ANTRAG

des Kreisvorstandes zum Beschluss durch den Kreisparteitag

Gegenstand:

Nie wieder ist heute: deutsch-jüdische und deutsch-israelische Verbundenheit in Zeiten leben, wo es keiner bloßen Lippenbekenntnisse, sondern echter Freundschaft bedarf.

Beschlussvorschlag:

Am 7. Oktober 2023 verantwortete die palästinische Terrororganisation HAMAS den größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die in diesem Zusammenhang verübten Gräueltaten stehen in ihrer Verachtung jeglichen Lebens und ihrer Barbarei singulär. Der Staat Israel, seine Bürgerinnen und Bürger sowie alle Jüdinnen und Juden weltweit dürfen in dieser Zeit nicht alleingelassen werden.

Das gilt auch für Dresden.

Schwer erträglich sind weltweit die Unterstützungsveranstaltungen für die HAMAS. Auch in unserer Stadt haben am 14. Oktober 2023 – eine Woche nach dem barbarischen Gräueltat in Israel – HAMAS-Sympathisanten mit Jubel und freudigen Fahنشwenken ihre zustimmende Meinung zu dieser Barbarei kundgetan. Bei dieser Veranstaltung, bei welcher auch Kleinkinder instrumentalisiert wurden, ging es ganz offenkundig nicht um Leid und Elend der palästinensischen Zivilbevölkerung des Gazastreifens, sondern um eine Unterstützung der HAMAS. Städtische Versammlungsbehörde und Polizei haben diese Demonstration zwar professionell begleitet, waren aber offensichtlich – wie viele von uns – von der Art und Weise der Veranstaltung überrascht und konnten (noch) nicht adäquat auf antiisraelische und antisemitische Propaganda reagieren.

Große Sorge besteht von unserer Seite um die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. In diesen schweren Zeiten voller Trauer ist es schier unerträglich, wenn auf den Straßen unserer Stadt antisemitische Parolen geschmettert, dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen und jüdisches Leben bedroht wird.

Genauso unerträglich ist, wie sehr auch in deutschen Köpfen weiterhin antisemitische Vorurteile unter dem Deckmantel der Israelkritik vorhanden sind. So fällt das donnernde Schweigen vieler Akteure, die sonst immer schnell mit moralischen Verurteilungen zur Hand sind, zu Gräueltat, Mord und Menschenverachtung durch die HAMAS auf. Gerade auch innerhalb der politischen Linken und der AfD zeigen sich moralische Gräben und struktureller Antisemitismus. Hingegen reiht sich die CDU in den politischen Kanon aller derer ein, die einen klaren Standpunkt zum Staat Israel und dem jüdischen Glauben haben und Dank dieses Standpunktes wissen, was Freundschaft in diesen Zeiten bedeuten muss.

Die CDU Dresden:

1. Erklärt ihre Solidarität mit allen Bürgerinnen und Bürger Israels sowie allen Jüdinnen und Juden in diesen schweren Zeiten.

2. Sieht ihre politische Aufgabe darin aktiv die Jüdinnen und Juden in Dresden zu unterstützen, sich für ihre Sicherheit und die deutsch-jüdische sowie deutsch-israelische Verbundenheit einzusetzen.
3. Setzt sich vehement gegen Antisemitismus jeglicher Couleur ein. Dies umfasst neben islamisch-motivierten Antisemitismus auch Rechtsextremismus, anti-jüdische Verschwörungstheorien, antisemitische Strömungen des Linksextremismus sowie im Alltag anzutreffenden Antisemitismus, welcher sich in Vorurteilen verdichtet.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU Dresden die Dresdner Stadtverwaltung auf und bittet die Polizeidirektion Dresden:

1. Verantwortliche für die jüdischen Gemeinden sowie Jüdinnen und Juden zu benennen, welche für alle Belange und insbesondere Sicherheitsfragen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.
2. Auf Grundlage der verfassungsmäßigen Vorgaben des Versammlungsrechts Sorge zu tragen, dass sich antiisraelische und antisemitische Demonstrationen wie am 14. Oktober 2023 in ihrer offenen Zuschauerausführung der Zustimmung zu den Gräueltaten und der Abstreitung des Existenzrechts des jüdischen Staates sowie jüdischen Lebens nicht wiederholen, indem entweder im Vorfeld ein Verbot der Versammlung oder während des Verlaufs eine versammlungsrechtliche Auflösung geprüft wird. Darüber hinaus sind geeignete Auflagen zu erteilen. Unbenommen davon ist, dass die Versammlungsfreiheit bei friedlichen Demonstrationen auch in der palästinensischen Sache zu ermöglichen ist.

Die Fraktion der CDU im Dresdner Stadtrat wird gebeten sich zusammen mit dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden und mit allen politischen Kräften, welche jetzt an der Seite Israels sowie unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen, für alle jüdischen Belange in unserer Stadt einzusetzen.

Begründung:

Keine zwei Wochen nach den Ereignissen in Israel sind wir noch sprachlos vor dem Maß an Gräueltat und Barbarei. Jeden Tag wird mehr über das Vorgehen der HAMAS, ihre Pläne und das unendliche Leid in Israel bekannt. In Deutschland beginnt bereits eine Relativierung der Ereignisse im Kontext der durch Selbstverteidigung getragenen militärischen Reaktion durch den israelischen Staat. Gleichzeitig zeigt sich bundesweit, dass es Netzwerke der HAMAS in Deutschland gibt, welche ihre hässliche und antisemitische Fratze zeigen. Für alle Israelis und Juden muss dies in Zeiten der Trauer und des Entsetzens schier unerträglich sein.

Wir als Christdemokraten sind die politische Kraft, welche für die Besinnung auf die christlich-jüdischen Wurzeln unserer Werte und Geschichte steht sowie für die das Existenzrecht Israels Staatsräson ist. Dies ist eine politische Verantwortung, die aus der Geschichte erwächst, aber in ihrer Lebendigkeit und Notwendigkeit seit vielen Jahrzehnten größer ist als nur eine historische Verantwortung.

Auch als CDU wollen wir zu dieser Verantwortung stehen und zeigen, dass sie kein bloßes Lippenbekenntnis ist. Verbundenheit und Freundschaft muss man leben, wenn der Freund in schlimmen Zeiten diese braucht.